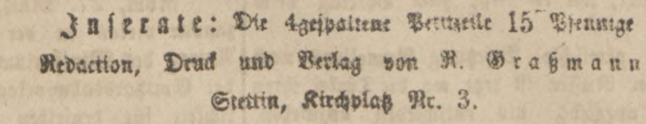
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. **Montag, den 31. März 1879.** **Nr. 152.**

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennig, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 29. März.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Stephan, v. Voigts-Rheetz, Herzog u. A.

Tagesordnung:

I. Petitionen.

Ueber die Petitionen der Magistrate und Stadtverordneten mehrerer Städte um Uebernahme der von ihnen errichteten Garnisonanstalten gegen eine billige Entschädigung seitens des Reiches geht das Haus zur Tagesordnung über, ebenso über die Petition des Magistrats zu Glogau, welcher bezüglich der Veräußerung des durch Niederlegung der Festung Glogau gewonnenen Stadterweiterungs-Terrains um günstigere Verkaufs-Bedingungen bittet.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen.

Geh. Ober-Regierungsrath **Hagens**: Eine große Zahl von genossenschaftlichen Instituten und Aktienvereinen führt bekanntlich dem Grund und Boden durch die Ausgabe von Pfandbriefen reichliches Kapital zu und zugleich dem Kapital eine Form der Anlage von ganz besonderer Sicherheit. Der Entwurf unternimmt es, die rechtliche Sicherung der Pfandbriefgläubiger sowohl gegen nachtheilige Verfügungen der Anstalt über die Hypothekenforderungen als gegen den Zugriff anderer Gläubiger auf dieselben zu ermöglichen. Der Entwurf sucht daher dasjenige Maaß der Sicherstellung, welches in den Statuten den Pfandbrief-Gläubigern zugesichert ist, diesen auch wirklich zu gewähren und zu wahren. Im Allgemeinen möchte ich aber davor warnen, daß der Werth dieses Gesetzes überschätzt werde. Die reichsgesetzliche Regelung der Sache bietet übrigens ganz erhebliche Schwierigkeiten. Soll der Entwurf die Aufgabe erfüllen, einheitliche Grundsätze für das ganze Reich aufzustellen, so ist es unumgänglich nothwendig, hier und da in das Partikularrecht einzugreifen. Ich nehme an, daß die Vorlage einer Kommission überwiesen werden wird, wo sich Gelegenheit genug bieten wird, die Grundsätze des Entwurfs im Einzelnen zu vertreten. Ich will nicht unterlassen, mitzutheilen, daß ein Entwurf betreffend das Pfandrecht an Eisenbahnen in Verbindung mit der Exekution gegen Eisenbahnen gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegt und voraussichtlich bald dem Hause zugehen wird.

Abg. Fürst v. **Hatzfeld** beantragt die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. **Alten-Linden** hätte ein Gesetz gewünscht, dem sich alle Pfandbrief-Institute unterwerfen müssen, ist aber, da dies bei der gegenwärtigen Geschäftslage dieser Institute nicht möglich ist, auch mit dem vorgelegten Gesetz zufrieden, welches jedem Institut die Freiheit läßt, sich ihm zu unterwerfen oder nicht.

Abg. **Schulze-Delitzsch.** Der Hauptgrund, weshalb die Pfandbriefinstitute das Kapital so sehr anziehen, ist nicht ihre Sicherheit, sondern die Mobilisirung des Kapitals durch die leichte Uebertragbarkeit der Pfandbriefe. Der Grundkredit bedarf, um den richtigen Nutzen aus der Mobilisirung des Kapitals zu ziehen, der Inhaberpapiere. In den meisten deutschen Staaten bedarf es für die Ausgabe von Inhaber-Pfandbriefen einer Konzession der Regierung. Nun wäre es an der Zeit, wenn die Kommission sich mit dieser Sache einmal befaßte und einen besonderen Abschnitt über Pfandbriefinstitute, welche Inhaberpapiere herausgeben wollen, ausarbeiteten. Meine Partei hat ein solches Gesetz, wie ich es wünsche, schon 1867 im norddeutschen Reichstage eingebracht, und ich wünschte, daß die Kommission von diesem Gesetzentwurf Kenntniß nehme, und trotz der vorhandenen Schwierigkeiten die höchste Potenz der Wohlthätigkeit dieses Systems durch Ausgabe von Pfandbriefen auf den Inhaber in Erwägung ziehe und versuche, auf diese Weise dem Realkredite in ganz Deutschland aufzuhelfen. (Beifall.)

Abg. **Lasker**: Die Vorlage ist mit großer Sachkenntniß ausgearbeitet und enthält ein reichhaltiges Material für jeden prinzipiellen Standpunkt. Ich wünsche lebhaft, daß das Gesetz in dieser Session zu Stande kommt, sonst würde dem öffentlichen Verkehr ein bedeutender Schaden zugefügt werden. Ich bin damit einverstanden, daß das Gesetz für Institute, die nur Pfandbriefe ausgeben dürfen, nicht nöthig ist. Aber auch diese auf soliden Prinzipien basirenden Institute sind bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes interessirt, damit sie nicht in einer Zeit der Panique mit unsoliden Instituten verwechselt und in eine Kategorie gestellt werden können. Ich halte überhaupt den Gedanken für sehr der Erwägung werth, ob nicht in Zukunft den eigentlichen Pfandbriefinstituten andere Geschäfte zu verbieten seien, was ja, da sie konzessionspflichtig sind, leicht geschehen kann. Zwar erklären sich diejenigen gegen einen solchen Gedanken, welche durch einen Zusammenfluß der Mobiliarkredit- mit den Immobilienkreditgeschäften sich einen größeren und billigeren Kredit für die Landwirthschaft versprechen. Zu einer so soliden Gestaltung unserer Kredite ist aber eine Trennung beider Arten unerläßlich; ihre Vermischung ist unheilvoll. In diesem Gesetzentwurf wird es nicht möglich sein, die heilsame Lostrennung beider Kreditarten von einander vorzunehmen. Dieses Gesetz bildet aber auch noch nicht die letzte Grundlage der Regulirung dieser Dinge, es ist nur der Anfang. Um eines möchte ich die Kommissions-Mitglieder noch bitten, nämlich das Gesetz nicht allzustreng darauf hin zu prüfen, ob es in das System der Partikularrechte hineinpaßt. Es ist ja sehr schwer für das Publikum, sich für einen bestimmten Fall an Rechtsregeln zu gewöhnen, die von dem sonst üblichen Systeme abweichen. Aber bei einer reichsgesetzlichen Regelung wird nun einmal das Partikularrecht mehr Opfer bringen müssen, als dieses Gesetz Modifikationen gestattet.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes vom 10. Juni 1869, betr. die Wechselstempelsteuer.

Die Vorlage enthält 5 Stufen à 200 Mark mit je 10 Pf. Steigerung. Dann springt die Scala immer mit 1000 Mark à 50 Pfennige Stempel.

Abg. **Boretius**: Dies Gesetz soll nur den Zweck haben, den Wechselstempel in unser jetziges Münzsystem umzurechnen, eine materielle Aenderung des Systems soll ausgeschlossen sein. Das frühere Prinzip wird aber materiell geändert und mit den Progressionsstufen von je 1000 Mark mit 50 Pfennig Zunahme, während auch früher die Progressionsstufen da noch 100 Thlr. a 10 Pf. betrugen. Es wird hierdurch eine höhere Besteuerung herbeigeführt. Ich werde in der zweiten Lesung einen Antrag stellen, auch innerhalb des zweiten Tausend Mark noch Progressionsstufen a 200 Mk. mit Zunahme von je 10 Pf. bestehen zu lassen.

Abg. **Zimmermann**: Die Vorlage befriedigt einen Wunsch der Handelswelt, aber die Abstufungen von 1000 Mk. involviren eine zu harte Belastung. Ich werde deshalb in der zweiten Lesung, die ich von der heutigen Tagesordnung abzusetzen bitte, den Antrag stellen, generell die Abstufungen von je 200 Mark zu normiren.

Abg. **Melbeck** kündigt für die zweite Lesung einen von mehreren rheinischen Handelskammern befürworteten Antrag an, wonach die Progressionsstufen generell 100 Mark a 5 Pfennig betragen sollen.

Abg. Dr. **Bamberger**: In dem Entwurfe sind meine Anschauungen, wie ich sie bei der letzten Verhandlung über diesen Gegenstand vorgetragen habe, bis auf einen Punkt, den ich noch aufrecht erhalte, zum Ausdruck gekommen. Die richtige Grenze zwischen der Ausmessung der zu erhebenden Gebühren und dem, was ohne große Last getragen werden kann, muß nach meiner Ansicht da gefunden werden, wo zu befürchten steht, daß der Aussteller eines Wechsels, um einer höheren Besteuerung zu entgehen, sich lieber die Mühe nehmen wird, eine Reihe von kleinen Wechseln auszustellen, als etwas mehr zu zahlen. Ich glaube, der richtige Ausdruck, wo eine nicht zu große Besteuerung des Gebührenzahlers eintritt, ist der, wo man sich sagt ich will lieber für das Tausend 50 Pfennige zahlen, als mir die Mühe nehmen, mehrere Wechsel zu machen, um 30 Pfennige oder 20 Pfennige zu sparen, und nach meiner Erfahrung können wir diese Grenze ruhig in der Nähe von 2000 Mark schätzen. Ich empfehle eben deshalb die Annahme eines Verbesserungsantrages, den ich zur zweiten Lesung einbringen werde, nämlich, zu dem Gesetz hinzuzufügen, daß zwischen 1000 und 2000 M. noch eine Grenze gemacht wird, indem für 1500 M. der Satz von 75 Pf. eingefügt wird und daß es dann von 1000 zu 1000 markweise springt. Ich möchte ferner daran erinnern, daß unsere Chekgesetzgebung, die mit dem Wechselstempel insofern konkurrirt, als nach der jetzigen Praxis der Chek durchweg für stempelfrei erklärt wird, noch nicht vollständig ausgearbeitet ist, daß namentlich über die Regreßpflicht, die Verantwortlichkeit noch Zweifel bestehen und daß sich deshalb im Handelsverkehr vielfach das Bedürfniß nach einer gelegentlichen Vervollständigung dieser Gesetzgebung geltend macht. Ich wünschte ferner, daß die neuen Stempelmarken nicht das dunkle Violet der jetzigen deutschen Reichsstempel erhalten. Da nämlich nichts weniger schwarz ist, als das, was man gewöhnlich schwarz auf weiß nennt, vielmehr die Dinte nach allen Farbenschattirungen hin spielt und häufig selbst violet ist, so sind die Spuren der Dinte häufig von der Stempelfarbe schwer zu unterscheiden, und dies erleichtert bei penibler Auslegung des Wechselstempelgesetzes den Konflikt mit demselben. Da es sich um Abstufung der einzelnen Stempel handelt, die keine Schwierigkeiten bieten, so bin ich für Vornahme der zweiten Lesung im Plenum.

Abg. **Möring** kündigt für die zweite Lesung einen Antrag an, wonach principaliter die Progressionsstufen 100 M. a 5 Pf., eventualiter 200 M. a 10 Pf. betragen soll.

Bundeskommissar Geh. Rath **Aschenborn** verspricht, daß die Untersuchungen über die Farbe der Wechselstempelmarken in dem vom Abg. Bamberger angedeuteten Sinne angestellt werden sollen. Zu den angekündigten Anträgen werde die Regierung in der zweiten Lesung Stellung nehmen.

Die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird abgelehnt und die zweite Berathung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Anträge betreffend den Wucher und Vogelschutzgesetz.

Deutschland.

Berlin, 30. März. Wir haben unseren Berichten über die Ueberführung und die Beisetzung der Leiche des Prinzen Waldemar nur wenig mehr hinzuzufügen. Wie wir es vermuthet hatten, schaute der Kaiser — ohne daß man ihn sehen konnte — dem Trauerzuge am vorgestrigen Abend nach. In jener gewohnten Tracht, im offenen Ueberrocke und in der weißen Weste stand er am Fenster seines Arbeitszimmers, hinter ihm, halb seitwärts, stand seine Tochter, die Großherzogin von Baden, an einem anderen Fenster Ihre Majestät die Kaiserin. Als der Trauerzug der Universität sich näherte, um hinter dem Denkmale des Großen Friedrich westwärts zu ziehen, traten Kaiser, Kaiserin und Großherzogin an das zweite Fenster nach der Lindenseite, so lange wie möglich noch dem Zuge des Hohenzollern-Prinzen nachschauend, während der Fackelschein seine düsteren Schlagschatten zu dem königlichen Palais zurückwarf. Der Zug bewegte sich in gemessenem Schritte die Linden entlang durch das Mittelportal des Brandenburger Thores, durch die Sieges-Allee und die Victoriastraße zur Potsdamer Brücke, von wo aus die kronprinzlichen Herrschaften und Gefolge zum Bahnhofe abbogen, um mittelst Extrazuges schneller wie der Trauerkondukt die Nachbarresidenz zu erreichen. Dieser selbst zog die Potsdamer-Straße weiter durch Schöneberg, Friedenau und Steglitz nach Zehlendorf, wo die Eskorte gewechselt und der Leichenkondukt von Gardes du Corps aus Potsdam entgegengenommen und zur dortigen Friedenskirche geleitet wurde. Die Kronprinzessin fühlte sich leidend und konnte deshalb der Trauerfeier in der Friedenskirche nicht beiwohnen.

In die Schlußworte des Gebetes des Dr. Kögel hinein tönte der Donner der Geschütze, welche der in dem Stadtschlosse weilenden Mutter den letzten Gruß zutrugen. Die Trommeln wurden gerührt, die Grenadiere präsentirten, und in der Kirche erklang das Lied „Wenn ich einmal soll scheiden". Der Kronprinz schritt jetzt zum Sarge heran und warf sich im inbrünstigen Gebet vor demselben nieder. Lange verweilte der hohe Herr bei der Leiche des geliebten Kindes, dann küßte er das Bahrtuch und trat zur Kaiserin, welche mit dem Prinzen Wilhelm und der Großherzogin von Baden ebenfalls am Sarge niedergekniet waren. Es war ein ergreifender Augenblick und kein Auge blieb in der Versammlung thränenleer. Noch ein letzter Blick und männlich gefaßt schritt der Kronprinz mit der Kaiserin dem Ausgang zu. Die Prinzessinnen legten noch Blumenspenden am Sarge nieder, dann leerte sich die Kirche schnell. Nur der Kronprinz mit seiner nächsten Umgebung blieb zurück, um die Beisetzung des Sarges zu überwachen, die von 12 Unteroffizieren vollzogen wurde. Mit einem stillen Gebete schloß hier die ernste Feier.

— Der Bundesrath hielt heute Nachmittag um 2 Uhr im Reichstagsgebäude eine Plenarsitzung, in welcher der Reichskanzler Fürst Bismarck den Vorsitz führte. Grund dieser bemerkenswerthen und nur in Ausnahmefällen vorkommenden Thatsache bildete der erste Gegenstand der Tagesordnung: Beschlußfassung über den Antrag betreffend die Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen. Der Reichskanzler trat, wie wir hören, mit großer Wärme für die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage ein, und zwar unter näherer Darlegung der Gesichtspunkte, welche in seinen beiden Anschreiben an den Bundesrath über die Materie entwickelt sind. Er verbreitete sich sodann über die geschäftliche Behandlung der Frage und wünschte diese analog dem Verfahren, welches bei der Revision des Zolltarifs beliebt worden, durch eine Spezialkommission erledigt zu sehen. Diese Absicht begegnete indessen mehrfachen Bedenken. Die größeren Mittelstaaten sind überhaupt nicht für das Projekt besonders eingenommen. Jedenfalls neigte man sich vielfach der Ansicht zu, daß der zu bildende Sonderausschuß in seiner Mehrheit aus Mitgliedern des Bundesraths bestehen müsse, denen dann technische Sachverständige beigegeben werden möchten. In längerer Rede soll namentlich der würtembergische Bevollmächtigte einen Mittelweg empfohlen haben und für eine gleichmäßige Betheiligung des Bundesraths und anderer Sachverständiger eingetreten sein. Die Beschlußfassung wurde, da einzelne Bevollmächtigte nicht ausreichend instruirt waren, noch ausgesetzt. Vorlagen betreffend die Uebersicht über den Stand der französischen Kriegskostenentschädigung, die Entwürfe von Gesetzen über 1) die Erhöhung der Brausteuer und 2) die Erhebung der Brausteuer gingen an die Ausschüsse. Die Brausteuervorlage will eine Verdoppelung der jetzigen Sätze und Anschluß an das baierische System, welches bekanntlich eine Maßsteuer annimmt, während bisher im übrigen Reiche eine Malzsteuer bestand. Es wurde sodann den Reichstagsbeschlüssen zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1879—80 zugestimmt und schließlich wurde mündlicher Ausschußbericht über die Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen zum Landeshaushaltsetat für 1879—80, welchen gleichfalls seitens des Bundesraths zuge-

stimmt wurde, erstattet. Die Vorlegung von Eingaben machte den Schluß. Die Sitzung hatte über $2^1/_2$ Stunden gedauert. Nach derselben begab sich der Reichskanzler, wie es hieß, zum Vortrag beim Kaiser.

— Die gemischte Besetzung Rumeliens nach dem Abzug der Russen ist jetzt, wo die Türkei ihren Widerspruch aufgiebt, als entschieden anzusehen. Ein gemischtes Korps von 15,000 Mann wird aus Oesterreichern, Engländern und Italienern gebildet werden. Deutschland wird sich nicht betheiligen, die Besetzung ist auf ein Jahr in Aussicht genommen. Fürst Gortschakow hat am 15. d. eine Depesche an den Fürsten Dondukow gerichtet, in welcher es heißt: „Sollte die Ueberzeugung gewonnen werden, daß die Volksdeputirten von einer illegalen und dem Lande unzuträglichen Strömung unwiderruflich erfaßt worden seien, dann werden Sie, mein lieber Fürst, zur Auflösung der Versammlung schreiten müssen." In Folge dieser energischen Weisung hat sich die großbulgarische Partei unterworfen. Am 10. April, bis zu welchem Tage die Versammlung auch ihre zweite Aufgabe, die Fürstenwahl, erledigt haben dürfte, soll die Versammlung geschlossen werden. So wenigstens wünscht es der Czar, damit die Räumung der Bulgarei durch die russischen Truppen beginnen und bis zum 3. Mai durchgeführt werden könne.

Ausland.

Paris, 28. März. Das „Journal des Debats" bespricht das Schreiben der Bischöfe von Tours, Angers, Mans, Angouleme, Nantes und Lucon als Protest gegen die Entwürfe Ferry's. „Der Stil dieses Aktenstücks", sagen die Debats, „ist ein feierlicher und der Beweisführung mangelt es nicht an einer gewissen Gewandtheit. Der schwache Punkt aber ist der Eifer, womit die Bischöfe die Gefühle von Frieden und Eintracht anrufen, wovon, wie sie behaupten, das ganze Land beseelt ist. Haben sie nicht mehr als einmal gegen diese Gefühle, die sie uns heute anempfehlen, gesündigt? Diese erhabenen und edlen Worte von Frieden und Eintracht ertönen nicht zum ersten Mal in unseren Ohren. So oft die Katholiken bei uns eine Eroberung machen wollten, haben sie die Freiheit und die Gleichheit angerufen, und zum Tausch für die Güter, wonach sie strebten, die Vergessung der früheren Zwiste und die aufrichtige Annahme der neuen Staatseinrichtungen versprochen. So redeten sie im Jahre 1850 und so auch im Jahre 1875. Zuerst hat ihnen die Republik die Freiheit des Sekundärunterrichts gespendet, sodann die Freiheit des höheren Unterrichts. Haben sie dagegen ihr Versprechen gehalten? Man hatte uns versichert, die Bewilligung dieser Gesetze würde einem endgültigen Bunde das Siegel aufdrücken. Man verglich dieselbe mit dem Edikt von Nantes. Und was hat sich zugetragen? Die Republik hatte die Freiheit gegeben: hat man den mit ihr geschlossenen Kontrakt getreu erfüllt? Ohne bis zu den traurigen Erinnerungen von 1851 zurückgehen zu wollen, haben nicht die Katholiken, die Kongregationen, die Bischöfe gegen uns, gegen die Republik Partei ergriffen in all den Zwistigkeiten der letztvergangenen Jahre? War der 16. Mai, wenigstens zum größeren Theil, nicht ihr Werk? Haben sie nicht über das Land den Hauch der tiefsten Erbitterung verbreitet? Wer den Wind säet, erntet den Sturm, sagt ein Sprüchwort. Heute ist es ein wenig spät, um das veraltete Thema der Versöhnung auf dem Gebiete der Freiheit des Unterrichts wieder zum Anschlag zu bringen. Die Wahrheit ist, daß diese Versöhnung niemals stattgefunden hat; daher der Wunsch nach Vergeltung, welcher die Regierung der Republik zu beseelen scheint. Die Bischöfe werden gewahr werden, daß es gefährlich ist, in diesem Sinne zu sprechen und im entgegengesetzten Sinne zu handeln."

Paris, 29. März. Diesen Morgen erstatteten im Ministerrathe Waddington, Say und Leroyer Bericht über die Besprechung, die sich mit dem Ausschusse des Senats in der Frage wegen der Rückkehr der Kammern nach Paris gehabt. Die Minister gelangten zu der Ueberzeugung, das der Senat die Rückkehr nicht gestatten werde; sie haben aber die Kabinetsfrage nicht gestellt, weil sie den Verlauf der Sache abwarten wollen. Die republikanischen Deputirten sind entrüstet über die laue Haltung der Minister, von denen sie die Stellung der Kabinetsfrage erwarteten. Die Lage droht überhaupt wieder gespannt zu werden, wenn es sich bestätigt, daß das linke Centrum seine Auflehnung fortsetzen und auch die Verwerfung der Ferry'schen Unterrichtsvorlagen durch den Senat bewirken will. Bleiben die Minister, welche die Rückkehr nach Paris vertheidigen, in der Minderheit, so werden sie wahrscheinlich auch in den Unterrichtsvorlagen unterliegen. In diesem Falle wäre das Zerwürfniß zwischen der Mehrheit der Deputirtenkammer und der mit Hülfe des linken Centrums versetzten Mehrheit des Senats offenkundig.

Leon de Maleville, Senator auf Lebenszeit und Mitglied des linken Centrums, ist in Montauban gestorben. Leon de Maleville, in Montauban am 8. Mai 1803 geboren, gehörte einer der ältesten Familien des Südens an, studirte in Paris die Rechte und war bis 1828 Advokat, wurde dann Sekretär des Präfekten Preisac im Gers, 1830 Generalsekretär in der Geronde, 1834 Deputirter für Tarn und Garonne und am 1. März 1840 Unterstaatssekretär des Innern. Im Jahre 1848 war er vom 20. bis 30. Dezember Minister des Innern, dann 1849 Mitglied der Legislative und eifriger Gegner der bonapartistischen Wühlereien. Von 1851 bis 1871 blieb er dem politischen Leben fern, wurde dann aber für Tarn und Garonne wieder in die National-Versammlung geschickt, als Mitglied des linken Centrums zum Vicepräsidenten gewählt und nach der Bildung des Senats als treuer Anhänger der Republik des Herrn Thiers Mitglied des Senats auf Lebenszeit.

Rom, 27. März. Der Bautenminister Mezzanotte verlas in der gestrigen Kammersitzung den Antrag des Ministeriums auf gesonderte Behandlung der Gotthardbahnvorlage und beantragte die Dringlichkeit für denselben. Im Uebrigen geht die Generaldebatte des Einnahmebudgets ruhig, man könnte sagen, theilnahmlos von Statten. Gestern sind wir so weit gediehen, daß einerseits die Rechte durch den Mund Minghetti's, andererseits die Cairoli'sche Linke durch den Mund ihres Führers je eine Tagesordnung eingebracht haben, daß also die Kammer in gewöhnlichem Sinne zu einer allgemeinen Aeußerung über die Finanzpolitik des Kabinets Depretis aufgefordert wird. Die Minghetti'sche Tagesordnung sagt, daß die Kammer sich ihr Urtheil bis nach dem Finanz-Exposé vorbehält; die von Cairoli erklärt, „daß die Kammer ihr Votum vom 7. Juli aufrecht erhält und ihren Entschluß erneuert, diejenigen Reformen anzunehmen, welche das Programm der Linken ausmachen". Sie verlangt also von der Regierung Abschaffung der Mahlsteuer und völlige Uebernahme des Cairoli'schen Programms. Da Depretis sich aber zu dieser Uebernahme thatsächlich in den wesentlichen Punkten schon bereit erklärt hat, kann die Regierung sich mit ihr zufrieden erklären. Man erzählt denn auch noch immer, daß die Einigung zwischen Depretis und den Cariolianern auf gutem Wege sei — nur die Gruppen Crispi und Nicotera wollten nicht mitthun, weil sie sich vernachlässigt fühlen. Aber eine neue Wolke steigt auf: bei den Unruhen in Mailand sind zwar keine Republikaner, wohl aber sechs Soldaten verwundet worden, darunter einer von drei Dolchstichen. Die radikalen Organe legen das der Regierung zur Last, sie fahren fort, das Einschreiten der Polizei zu tadeln, und ihre Freunde in der Kammer wollen eine Interpellation über den Gegenstand einbringen. — Schon seit einigen Tagen heißt es, der Papst habe den italienischen Pfarrern befohlen, sie sollen ihre katholischen Untergebenen beobachten und die zur Anzeige bei ihm bringen, welche sich als „konservative Katholiken" gegen den Willen der Curie mit Wahlbestrebungen befassen. Die Nachricht schien uns anfangs etwas unwahrscheinlich, weil das Verfahren so gar unzweckmäßig aussieht. Wir hören aber, daß seit dem Ableben Pius' IX. überhaupt wieder eine Art von inquisitorischer Beaufsichtigung der geistlichen Kreise eingeführt ist. Selbst der römische Klerus beklagt sich hier und da darüber; die obige Notiz ist demnach auch nicht so unglaublich.

London, 29. März. Die „Times of India" meldet, der Papst habe in Afghanistan eine apostolische Präfektur errichtet und die Gesellschaft vom heiligen Joseph mit der Verwaltung betraut.

Gerüchte über bevorstehende Steuererhöhungen, zumal einer Erhöhung des Theezolls, erhalten sich. Die Zollager werden geräumt; gestern wurden über $1^1/_2$ Millionen Pfund denselben entnommen.

Aus Indien hier eingetroffene Zeitungen, die schon drei bis vier Wochen alt sind, sprechen schon von damals herrschenden Gerüchten über einen Vormarsch gegen Kabul, welcher in Indien offenbar gewünscht wird.

Provinzielles.

Stettin, 31. März. Am 27. März c. feierte das ehrwürdige Paar, Herr Kaufmann Grunow nebst Frau Gemahlin, der Nestor der Kaufmannschaft hier, das seltene Fest der „Goldenen Hochzeit", in dem ihnen seit 50 Jahren gehörigen und so lange von ihnen bewohnten Hause große Domstraße 21. Die zahlreiche Familie, Kinder und Kindeskinder, waren weit und breit daher geeilt, das rüstige Jubelpaar durch ihre Anwesenheit zu erfreuen. Die außerordentliche Theilnahme der vielen Freunde von auswärts und hier ist ganz besonders hervorzuheben! Herr Musikdirektor Orlin brachte Morgens ein herrliches Ständchen, während im Laufe des Vormittags Hoch und Niedrig sich beeilte, dem allverehrten Paare ihre Wünsche darzubringen. Herr Konsistorialrath Dr. Carus segnete das Jubelpaar in hochfeierlicher Weise ein, was unter Ueberreichung einer Hausbibel dem Feste eine ganz besondere Weihe gab.

— Der Maurergeselle Franz Jagow verursachte am 27. d. Mts. während der Musterung durch Lärmen wiederholt Unruhe, wodurch das Ersatzgeschäft gestört wurde, bis Jagow aus dem Lokal gewiesen wurde. Derselbe begab sich auf die Pruzstraße und traf dort den stark angetrunkenen Arbeiter Raatz, welchen er aufforderte, ein Quart Branntwein zum Besten zu geben; als sich dieser dazu nicht bereit erklärte, schlug Jagow auf ihn ein und brachte ihm mit einem stumpfen Instrument mehrere Kopfwunden bei, wodurch Raatz mehrere Tage arbeitsunfähig ist.

— Der Züllchower Männer-Gesangverein „Concordia" veranstaltet Sonnabend, den 5. April, in Seidel's Konzertsaal zum Besten der Ueberschwemmten Szegedins ein Vokal- und Instrumental-Konzert. Das gut gewählte Programm bietet außer mehreren Quartett's für gemischten und Männerchor auch wieder eine größere Komposition, „die Zigeuner" von Jul. Becker. Den instrumentalen Theil hat Herr Musikdirektor Walter unter Mitwirkung seiner Schüler übernommen. Mit Rücksicht auf den guten Zweck wünschen wir dem Konzert den besten Erfolg.

— Der Central-Ausschuß der „deutschen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" hat einstimmig beschlossen, die diesjährige Generalversammlung um Mitte Juni nach Danzig einzuberufen. Die Verhandlungen werden excl. einer Vorversammlung zwei Tage in Anspruch nehmen und einige Ausflüge in die Umgegend Danzigs sich denselben anschließen.

— Zur Anlage einer Haltestelle für den Personenverkehr an der Neustettin-Belgarder Eisenbahnstrecke bei dem Dorfe Eschenrige ist die Genehmigung ertheilt.

— Werden zwei Pferde als ein Gespann verkauft, so ist damit nach einem Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts, 2. Senat, vom 5. Februar d. J. dem Käufer auch das Recht gegeben, Auflösung des Vertrags bezüglich beider Pferde zu verlangen, sofern auch nur das eine derselben an einem Fehler leiden sollte, für welchen der Verkäufer haftpflichtig ist.

Stralsund, 29. März. Zu der gestern Vormittag im Kollegien-Saale des Rathhauses abgehaltenen und von dem Herrn Regierungs-Rath Jungbluth geleiteten Wahl von sieben Mitgliedern der Handelskammer waren von 252 stimmberechtigten Kaufleuten 159 erschienen. Die absolute Majorität, welche mithin 80 betrug, wurde erreicht von folgenden 6 Herren: Rathsherr C. J. Matthies mit 155, Altermann C. Lobeck mit 125, Apotheker Just mit 116, Kaufmann v. Seeckt mit 101, Kaufmann M. L. Israel mit 100 und Rathsherr W. Struck mit 84 Stimmen. Auf die engere Wahl kamen sodann die beiden Kandidaten, welche demnächst die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt hatten, die Herren Konsul C. Diekelmann und Kfm. Fr. Weber, von denen jeder 79 Stimmen erhalten hatte. Zu der engeren Wahl waren 102 Stimmen abgegeben, von denen Herr Kaufmann Fr. Weber 67 erhielt. Derselbe ist somit gewählt.

Greifswald, 29. März. Das funfzigjährige Docenten-Jubiläum des Geheimen Regierungsrathes Professor Dr. Baumstark hatte heute eine große Anzahl persönlich Gratulirender in der Wohnung des Jubilars versammelt, dem auch von Nah und Ferne zahlreiche schriftliche Glückwünsche zugingen.

Treptow a. R., 28. März. Dem Beispiele anderer Städte Deutschlands folgend, hat sich am 22. d. M. auch in unserer Stadt ein Kriegerverein konstituirt.

Vermischtes.

— Ein Themse-Geheimniß. Aus der Themse, unweit Barnes, wurde vor Kurzem eine Kiste mit Theilen eines weiblichen Körpers gezogen. Anfänglich glaubte man, daß, wie dies schon öfters vorgekommen, ein Student der Medizin sich den Spaß gemacht habe, die Leiche, nachdem er sie für anatomische Zwecke benutzt, in die Themse zu werfen, um das Publikum zu mystificiren. Den von der Polizei angestellten Recherchen zufolge scheint aber die zerstückelte Leiche das Resultat eines fürchterlichen Verbrechens zu sein, das von einer irischen Dienstmagd Namens Kate Gibbs oder Gibbos, gegen ihre Herrin, eine ältliche, etwas excentrische Dame, unweit Richmond, deren Name von der Polizei vor der Hand geheim gehalten wird, verübt wurde. — Die alte Dame soll während der letzten Wochen das Haus nicht verlassen haben, während ihre Dienerin die einlaufenden Rechnungen bezahlte und die gewöhnlichen Ausgaben im Namen ihrer Herrin bestritt. Vor einigen Wochen verkaufte die Dienerin einen Theil des Ameublements für 26 Pfd. Sterl., nahm das Silbergeschirr und was sie sonst verpacken konnte, mit sich und verließ das Haus auf Nimmerwiedersehen. Bald darauf gelang es der Polizei, ausfindig zu machen, daß vor etwa einem Monat ein Junge von einer Frau gedungen worden war, um in Gemeinschaft mit ihr eine Kiste fort zu schaffen. Der betreffende Junge leistete seine Hülfe; bei der Themse angekommen, warf das Weib die Kiste in den Fluß, zahlte dem Träger die versprochenen 6 Pence und verschwand in der Dunkelheit. Der Junge erkannte sowohl die Kiste als Photographie seiner Auftraggeberin wieder. Der Ansicht des Polizeichirurgen Dr. Bondi zufolge wurde die Leiche abgesotten, wahrscheinlich um desto leichter für den Transport verschnitten zu werden; für diese Annahme spricht auch der starke Fettansatz des Waschkessels in der Küche. Die muthmaßliche Mörderin ist ein großes starkes Weib und wurde noch in jüngster Zeit in Begleitung eines fünf Jahre alten Knaben in Hammersmith gesehen, von wo sie sich mit dem Knaben nach Liverpool begeben haben dürfte. Man glaubt, daß der Raubmord begangen wurde, um die nöthigen Fonds für eine Rückreise nach Irland zu erlangen.

— Ein Korrespondent des Pesther Lloyd erzählt in einer Schilderung der ersten Schreckensnacht Szegedins folgende Episode: Abseits von Allen, weit straßeneinwärts, sahen wir eine einzelne Frau ganz allein durch die Flut waten, sichtlich schon erschöpft, wankend und jammernd; in der vorgebundenen Schürze schleppte sie eine schwere Last, der ihre Kraft offenbar nicht gewachsen war. Die Pioniere fuhren augenblicklich hart auf sie zu, der Eine faßte sie und zerrte sie ins Boot; sie hielt die Last in ihrer Schürze so lange krampfhaft fest, bis sie auf dem Brette saß; da sanken ihr dann die Arme und dem Tuch entkollerten — sechs Stück schwere eiserne Gewichte einer Dezimalwage; das war das kostbarste Gut, das ihr zunächst zu Händen lag und das sie in der Hast und Todesangst gerettet hatte!

Literarisches.

Wenn je ein Theil des herrlichen Werks uns zu fesseln vermocht hat, so ist es der vorliegende fünfte Band von „Brehm's Thierleben", der den zweiten, man kann mit Recht sagen, schönsten Theil der Vögel enthält. Keiner der vorhergehenden Abschnitte hat es verstanden, unser Interesse an dem Inhalt so wach zu erhalten wie der vorliegende, die Lust an der Bilderpracht so zur Bewunderung zu steigern wie die Schaar unserer heimatlichen Freunde, denen dieser Band zum großen Theil gewidmet ist. Nicht weniger als 194 Arten von Raubvögeln (Geier und Eulen), Sperlingsvögeln (Drosseln, Grasmücken, Lerchen, Finken, Webervögel, Staare, Rabenvögel, Würger, Schwalben, Meisen 2c.) und Tauben sind durch vollständig neue Zeichnungen vertreten, welche überhaupt eine mit jedem Band fortschreitende Meisterschaft offenbaren. Dem Kenner wird es auch nicht entgehen, wie umfassend und gewissenhaft Brehm seine eigenen Beobachtungen und die der berufensten fremden Forscher zu verarbeiten und zu den anziehendsten Schilderungen zu gestalten gewußt hat. Kein Zug fehlt an den Lebensbildern der uns vertrauten Gestalten des deutschen Waldes, wir fühlen uns ebenso angeheimelt von den treuen und wahren Charakteristiken unserer beschwingten Heimatgenossen, als angezogen von den neuen Bekanntschaften aus fremden Zonen. Es ist überhaupt Brehms Verdienst, die bloße Liebhaberei für die Thierwelt, für die öffentlichen Thiergärten, Aquarien 2c., das Interesse an unseren Haus- und Jagdthieren wissenschaftlich vertieft, unsere Mitgeschöpfe uns menschlich näher gebracht zu haben, und dieses sichert seinem „Thierleben" neben dem naturgeschichtlichen auch ein bleibendes kulturgeschichtliches und ästhetisches Interesse. Und wenn wir sehen, mit welchem Ernst der Verfasser seine Aufgabe erfaßt, wie sehr es sich die Verlagshandlung hat angelegen sein lassen, den Ruhm des Werkes auf der Höhe zu erhalten, so begreifen wir die begeisterten Worte, mit denen Darwin „Brehms Thierleben" auszeichnete.

Der folgende Band wird die Vögel zu Ende führen; unter den Illustrationen desselben erscheint auch der rühmlichst bekannte Thiermaler Chr. Kröner in Düsseldorf, der ausgezeichnete Darsteller heimatlicher Jagdthiere. Den Schluß des Ganzen bilden dann die „Fische", für welche eine ebenso umfassende Neuillustrirung schon vorbereitet ist.

Telegraphische Depeschen.

Potsdam, 29. März. Nachdem bei der heutigen Trauerfeierlichkeit die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften die Kirche verlassen hatten, erschien die Frau Kronprinzessin an der Hand ihres Gemahls und verrichtete ein kurzes Gebet am Sarge, welcher alsdann in die Sigismund-Kapelle gebracht wurde.

Weimar, 29 März. Der hiesige Gemeindevorstand hat Namens der hiesigen Bürgerschaft dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin die innigste Theilnahme an dem herben Verluste, den Hochdieselben erlitten, ausgesprochen.

Straßburg, 29. März. Nach einem Erlaß des Oberpräsidenten werden die Bekanntmachungen von Elsaß-Lothringen, welche bisher auf Grund der Verordnungen des Generalgouverneurs vom 9. September und 18. Oktober 1870 in der „Straßburger Zeitung" veröffentlicht wurden, künftig in der „Gemeindezeitung für Elsaß-Lothringen" und in den Amtsblättern veröffentlicht werden.

Wien, 29. März. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Konstantinopel von gestern: Eine besondere mobile Truppendivision unter dem Kommando von Nedieb Pascha ist bestimmt, um in Rumelien etwa entstehende Unruhen zu unterdrücken und das Land von Marodeurs zu reinigen. Mazhar Pascha ist mit der Einführung der von England vorgeschlagenen Reformen in Kleinasien betraut.

Aus Bukarest von heute: Von Seiten einer Großmacht ist der rumänischen Regierung eine dringliche Note in Betreff der Judenfrage zugegangen.

Wien, 29. März. Der montenegrinische Kandidat für den bulgarischen Fürstenthron, der Senator Petrovics in Cettinje, ersuchte seine Anhänger in der Notablenversammlung zu Tirnowa, ihre Stimmen auf den Prinzen Battenberg zu vereinigen. Bis zum 9. April soll die Durchberathung der Konstitution und die Fürstenwahl beendet werden.

Pest, 29. März. Das Oberhaus hat heute den Gesetz-Entwurf betreffend die Inartikulirung des Berliner Vertrages ohne Debatte angenommen.

Paris, 29. März. Präsident Grevy unterzeichnete heute das Dekret, welches Rochefort amnestirt.

Die Generalversammlung des großen französischen Ackerbauvereins tritt heute im Grand Hotel unter Führung des ehemaligen Vicepräsidenten der 48er Nationalversammlung, Estancelie, zusammen, um der Regierung die traurige Lage des französischen Ackerbaus ans Herz zu legen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in den dortigen Kirchen öffentliche Gebete für die Errettung der Infantin Christine aus ihrer schweren Krankheit abgehalten werden.

Versailles, 29. März. In der heutigen Sitzung des Senats legte der Senator Laboulaye den Bericht der Kommission für Berathung der Vorlage betreffend die Rückverlegung der Kammern nach Paris vor. Von Seiten der Rechten wurde die Verlesung des Berichtes verlangt. Von Seiten der Linken wurde diesem Verlangen widersprochen. Die Majorität des Senats entschied sich indeß schließlich für die Verlesung. Der Bericht entwickelt die Gründe, die dafür sprechen, daß der Sitz der Kammern in Versailles bleibe und daß keine Veränderung der Verfassung vorgenommen werde. Der Bericht schließt demgemäß damit, daß der Antrag auf Einberufung des Kongresses abzulehnen sei. Die Diskussion über diese Angelegenheit wurde auf nächsten Dienstag festgesetzt.

Bukarest, 29. März. Die Deputirtenkammer hat heute die Regierungsvorlage betreffend das Tabaksmonopol trotz der eifrigen Befürwortung derselben durch den Finanzminister mit 66 gegen 22 Stimmen abgelehnt.